

JUNGE KÄMPFER

Nr. 9 Sept. 1930 2. Jahrgang

Organ der K.J.V.D. (Opposition)



Greiz — Schwenningen — Breslau

Willkommen in Greiz!

Eingeengt in einem Talkessel mit schönen Waldhängen, mitten im Bergkegel mit dem alten Reußenschloß, umgeben von auf Höhen und in langgestreckten Tälern liegenden Industrievororten, liegt die Stadt Greiz, der Zentralpunkt der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Die Einwohnerschaft, rund 40 000, ist vorwiegend auf die Textilindustrie angewiesen. In 34 Webereien und 3 Färbereien, darunter die der Firma Schlexer mit 1500 Beschäftigten, sind über 8000 Textilarbeiter tätig. Die Greizer Metallindustrie ist in der Hauptsache auf die vorherrschende Textilindustrie eingestellt und produziert Webstühle usw. Wo das romantische Göltzschtal in das Elstertal mündet, stehen die Gebäude der großen Papierfabrik Günther. Insgesamt sind in der Greizer Industrie rund 14 000 Arbeiter beschäftigt. Die höchste Belegschaftsziffer weist auch hier, wie überall, das Arbeitsamt auf. Die schlechten Löhne zwingen die Frauen zum Erwerb, und in tausenden von Wohnungen wird mühselige, schlechtbezahlte Heimarbeit verrichtet.

Wie in allen Industrie- und besonders Textilstädten herrscht auch hier das schlimmste Wohnungselend. Während rings von den Höhen die Schlemmerstätten der Textilbarone grüßen, sind die Proletarier in allen ungesunden Wohnungen zusammengepfercht.

Die sich zum linken Flügel zählende SPD, hatte bereits vor dem Kriege den entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterschaft. Bei Gründung der USPD, erfolgte geschlossener Uebertritt, so daß die Mehrheitssozialisten jeden nennenswerten Einfluß verloren. Eine kleine mutige Gruppe spaltete sich von der USPD, und gründete den Spartakusbund. Die Spaltung der USPD, in Halle ergab Geschlossenheit für Dittmann und Crispian. Die Wiedervereinigung mit den Mehrheitssozialisten erbrachte wiederum einstimmiges Verschmelzen mit der „Mutterpartei“. Trotzdem der Spartakusbund bzw. die KPD, aus keinem dieser Vorzüge Vorteile bzw. Massenstrom erzielen konnte, arbeitete er sich in zäherster Arbeit und eroberte zu den Wahlen 1924 die Mehrheit der Greizer Arbeiterschaft mit 5200 gegen 4800 SPD-Stimmen. Bei den wichtigsten politischen Kämpfen, Kapp-Putsch, Mitteldeutschland, 1923, führten wir den besten Teil des Proletariats. Die Ortsverwaltung des Textilarbeiter-Verbandes mit damals 11 000 Mitgliedern und des DMV, konnten erobert werden.

Anderthalb Jahre Masflo-Ruth-Fischer-Kurs zerstörte diese Position und warf uns auf 2000 Stimmen zurück. Fest blieben lediglich unsere Stützpunkte im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Neuaufgabe des Ruth-Fischer-Kurses, den wir seit 2 Jahren unter Führung von Thälmann und Remmele erleben, hätte auch diesen Einfluß noch völlig zerstört, wenn nicht die kommunistische Opposition diesem verderblichen Regime entgegengewirkt hätte.

Mit 2/3 Mehrheit entschied sich Anfang 1929 die 200 Mitglieder zählende Ortsgruppe der KPD, gegen den ultralinken Kurs und für die kommunistische Opposition. Deshalb erfolgte gleichzeitig mit der Ortsgruppe Weimar der Ausschluß aus der Partei. Was die Thälmann-Richtung „neuregistrieren“ konnte, waren mit wenigen Ausnahmen Mitglieder jüngsten Datums. Ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung ist so wie das Wahlergebnis für die KPD, zu den Metallarbeiter-Wahlen im Reich — gleich Null.

Neben einer starken Aufwärtsentwicklung in der Genossenschaftsbewegung, verdient

die Arbeitersportbewegung besonders genannt zu werden. Greiz ist eine Turnerstadt. Nicht weniger als 10 Arbeiter-Turnhallen im Rahmen der Stadt legen Zeugnis ab von der Stärke dieses wichtigen Zweiges der Arbeiterbewegung.

In kommunaler Hinsicht wurde in den letzten Jahren manches beachtenswerte geschaffen. Das Sommerbad in Aubachtal, das Hallenbad als ein Prachtbau, der Kraft-Omnibus-Verkehr, Straßen- und Wasserwerksbauten u. a. m. Die Stadtratsfraktion der KPD-Opposition waren hierbei die treibende Kraft, immer wieder von der Notwendigkeit ausgehend, neben der Erstellung kultureller Werte, vor allem Arbeit und Brot zu schaffen. P. Fischer.

Kundgebungen zum internationalen Jugendtag

Mitteldeutsches Treffen in Greiz (Thüringen)
Sonnabend, 6. September:

20 Uhr: Fackelzug — vom Marienplatz nach der „Turnhalle“ Aubachtal.

Begrüßungskundgebung

20.30 Uhr: In der „Turnhalle“ Aubachtal.

Aus dem Programm: Arbeitermusik-kapelle Weimar — Ansprachen — „Wir“ Sprechbewegungschor. Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Sonntag, 7. September:

vormittags: Jugendfunktionär-Konferenz

Besichtigungen: 1/8 Uhr Treffen auf dem Denkmalsplatz. Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen vorm. 11 Uhr Aubachtaler Friedhof.

Nachmittags: Int. Kundgebung auf dem Marktplatz; es sprechen: Vertreter der Reichshlg. KJO., Vertreter der Reichsleitung KPO., außerdem ausl. Gen.

anschließend Demonstration

Zentral-Standquartier

für beide Tage Rest. „Goldener Anker“, Reichenbacher Straße.

Süddeutsches Treffen in Schwenningen
6. September.

Mitwirkende: Arbeiter-Mandolistenverein Schwenningen, Singchor der Naturfreunde Stuttgart, Agitpropgruppe der Kommunistischen Jugend-Opposition, Stuttgart.

Ansprachen der Partei und Jugendvertreter und eines Delegierten unserer Straßburger Organisation.

Breslau

Internationaler Jugendtag 1930

Donnerstag, den 4. September 1930
abds. 8 1/2 Uhr im Saale der Monistischen
Gemeinde, Grünstraße Nr. 14/16

Kundgebung

Essprechen: **Sunder Korkodaker Indien**
Rosi Wolfstein, Berlin
die ehemalige Sekretarin Rosa Luxemburgs
Sprechchöre — Rezitationen

Eintritt 20 Pfennig

Das Propaganda-Komitee
für das Jugendkartell

Vor der Kundgebung: Duesenstraße am 7. Uhr vom Stralauer Platz aus

Lehrer droht mit Fürsorgehölle

In Erfurt lassen die Schulfabrikanten nur noch 4 Tage in der Woche arbeiten. Die Belegschaften rekrutieren sich zum großen Teil aus jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, die noch berufsschulpflichtig sind. Nun ist es oft so, daß die Schulzeit in die Arbeitszeit fällt. Der Unterricht beginnt 13.30 und endet 18.30 Uhr. Der Besuch der Berufsschule bedeutet gerade für die miserabel bezahlten jugendlichen Schuharbeiter eine merklliche Geldeinbuße. Was liegt näher, was ist selbstverständlicher, als daß die Jugendlichen es vorziehen in die Fabrik zu gehen, statt zur Schule, denn niemand bezahlt ihnen den Lohnausfall, der durch den Schulbesuch entsteht.

Aus der II. Berufsschule wird uns nun folgender unerhörter Vorfall berichtet. Der Lehrer Ottermann fragt einen 15jährigen Schüler nach allen Regeln der Kunst aus, wie er dazu komme, dem Unterricht fernzubleiben. Da in Erfurt der skandalöse Zustand besteht, daß bei unentschuldigtem Versäumnis durch die Polizei eine Geldstrafe eingetrieben wird, erlaubt sich der Schüler mit Recht die Frage, ob schon eine Strafanzeige gestellt sei. Es ist schon vorgekommen, daß ein 15jähriger Jugendlicher eine Strafverfügung von 22,50 M. erhielt, ohne jede Verhandlung! Als der Lehrer das bejahte, antwortete der Schüler: „Es ist gut!“ Deswegen wurde der Schulmeister wütend. Es fielen Worte wie: Lausejunge, Frechheit, grüner Junge.

Während des Unterrichtes schikanierte Ottermann den Schüler, als dieser sich gestattete in der Bürgerkunde einige Bemerkungen über die gepriesene Wohltätigkeit und Christlichkeit der früheren Stadthäupter zu machen. Der Lehrer schrie deshalb: „Ich werde beim Jugendamt beantragen, daß Sie in die Anstalt kommen!“ Er verbat ihm das Sprechen und schrieb sogleich den Antrag. Auch der Schüler notierte sich die Äußerung des Lehrers, um sich evtl. später rechtfertigen zu können. Der Lehrer nimmt diesen Zettel weg. Der Schüler verlangt ihn mehrere Male vergeblich zurück und will ihn nun selbst vom Pult holen. Da tritt ihm der Lehrer entgegen mit Schimpfworten und will ihn schlagen. Da in der deutschen Verfassung nicht steht, man müsse sich prügeln lassen, tritt er in Verteidigungsstellung, was den Lehrer veranlaßt, seine Absicht zu unterlassen. Hierauf läßt dieser „tüchtige Pädagoge“ einen Polizeibeamten holen. Seiner Amtspflicht voll bewußt, begrüßt ihn dieser Diener des Staates mit der Drohung, das nächste Mal von seinem Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Eine halbe Stunde vor Schluß des Unterrichtes schickte Ottermann den Schüler nach Hause, indem er ihm zurief, er habe sich nicht mehr lange seiner Freiheit in Erfurt zu erfreuen.

So sieht es aus in den angeblich so fortschrittlichen deutschen Berufsschulen. Lehrer, die eine derartige Welttendenz und Brutalität an den Tag legen, gehörten eher in ein Panoptikum, statt in eine Schule. Die Berufsschüler aber müssen von ihrem Recht Vertrauensleute zu wählen Gebrauch machen und gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft in den Gewerkschaften den Kampf um die Bezahlung der Schulzeit führen. In Erfurt wird jeder Schritt in dieser Richtung aktiv von der Kommunistischen Jugend-Opposition unterstützt.



Wir vertreten die Interessen der Jung-Metallarbeiter

Rede des Genossen Albrecht (Stuttgart) auf dem Verbandstag des D. M. V.

Kollegen! Die Kollegin Hanselmann aus Stuttgart hat uns viele neue Dinge über die Frauenfrage erzählt, die im Vorstandsbericht vergessen worden waren. Ich halte es für nötig, einiges über die Jugendfrage zu sagen. Früher hat man dazu immer erklärt, daß eine besondere Jugendkonferenz nicht notwendig sei, weil auf den Verbandstagen ausführlich über die Jugendfrage gesprochen werde. Es ist aber inist eine gewisse Interessenslosigkeit gegenüber der Jugendfrage vorhanden. Deshalb haben wir auch dieses mal wieder den Antrag gestellt, vor jedem Verbandstag eine besondere Konferenz der Jugenddelegierten stattfinden zu lassen. Diesem Antrag muß der Verbandstag schon deshalb zustimmen, weil die Arbeiterjugend infolge der Rationalisierung größere Bedeutung gewonnen hat als vor derselben.

Der D. M. V., und die Gewerkschaften, die sich dem „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ angeschlossen haben, in dem größtenteils bürgerlich-reaktionäre Organisationen, Jungdo, Stahlhelm usw. Mitglied sind, haben ihre eigenen Kasseler Jugendforderungen zu gunsten der Reichsausschußforderungen zurückgestellt. So ist jahrelang über die wesentlichsten Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kaum gesprochen und noch weniger ist auf dem Gebiete gehandelt worden. Ich verkenne nicht, daß von einzelnen Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen kleine Erfolge in der Jugendarbeit erzielt worden sind. Aber im großen ganzen sind doch in den letzten Jahren die Forderungen der Gewerkschaften auf diesem Gebiete vernachlässigt worden. Dadurch, daß die gelben Werksgemeinschaften und die anderen bürgerlichen Organisationen die Anträge des „Reichsausschusses d. D. J.“ einstimmig angenommen haben, sind dieselben schon als demagogi-

sche Erklärungen zur Irreführung der Jungarbeiter in diesen unternehmerfreundlichen Organisationen zu bewerten, und sind deshalb ein Hindernis für unsere Werbearbeit. Aus diesem Grunde verlangen wir, daß der Verbandstag durch den Vorstand des D. M. V. sich für den Austritt des ADGE-Jugendsekretariats aus dem Reichsausschuß d. d. J.“ einsetzt.

Es ist notwendig, daß die Gewerkschaftsjugend in Gewerkschaftsjugendsektionen zusammengelafßt wird, um ihrer Eigenart gerecht zu werden und ihre Sonderinteressen berücksichtigen zu können. Deshalb müssen wir verlangen, daß die Verwaltungsstellen verpflichtet werden, Jugendabteilungen zu gründen.

Weiter ist es notwendig, daß der Jugend wesentlich größere Rechte innerhalb der Gewerkschaft gewährt werden, als es bisher der Fall war. Wir kennen wohl in vielen Verwaltungsstellen ältere Kollegen, die mit der Jugend nicht mehr verwachsen sind, die die Probleme der Jugendarbeit von dem Gesichtspunkt der bürgerlichen Betreuung und Bevormundung aus betrachten. Derartige Kollegen müssen von den Jugendabteilungen abgelehnt werden. Die Jugend muß an dem gesamten Verbandleben mehr interessiert werden. Deshalb ist es notwendig, daß die Jugendabteilungen ihre Funktionäre selbst wählen und die Jugendabteilungen die Rechte von Branchen in den Verwaltungsstellen erhalten.

Für die Vergünstigungen, die der „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ seinen Mitgliedern bei Wanderfahrten durch Fahrpreisermäßigung usw. gewährte, würde sich Ersatz schaffen lassen. Alle diese Fragen müssen in voller Ausführlichkeit behandelt werden. Deshalb muß der Verbandstag den Antrag auf Einberufung einer besonderen Jugendkonferenz vor den Verbandstagen annehmen.

Opposition, mit der Freidenkerjugend, mit einigen Gruppen der Arbeitersport- und zehn Gruppen aus anderen Arbeiterjugendorganisationen leisteten, hat starken Widerhall unter jungen und älteren Arbeitern gefunden. Jenes Echo mußte sogar der Parteivorstand der S. P. D. respektieren.

Besonders kam das zum Ausdruck, als der Parteivorstand der S. P. D. dem Einheitskartell mitteilte, daß er nichts unversucht lassen will, im Kampfe für die proletarische Einheit!

Seitdem sind 2 Monate vergangen: der Ortsvorstand hat nichts mehr von sich hören lassen. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß der Brief des Parteivorstandes ein plumper Schachzug war, gegenüber den breiten Massenstimmungen für die Einheit.

Worte und Taten des „linken“ Parteivorstandes führen zur selben reformistischen Politik, wie sie von Otto Wels getrieben wird!

Die Sozialdemokratie ist längst eine bürgerliche Arbeiterpartei geworden. Daran kann auch die „Linke“ nichts ändern: die S. P. D. ist nicht mehr zu revolutionieren! Deshalb treten wir aus! Genossen!

Seit den Maiwahlen 1928 hat der Faschismus mehr und mehr, seit den diesjährigen sächsischen Landtagwahlen ungeheuerlich zugenommen. Durch die verbrecherische Koalitionspolitik hat die S. P. D. das Wachstum des Faschismus nicht hindern, im Gegenteil: sie ist zu seinem Wegbereiter geworden. Der Artikel 48 regiert seit Wochen. Eine Notverordnung d. h. ein Verfassungsbruch jagt den andern. Die offene faschistische Diktatur wird vorbereitet. Und abernals versagt die S. P. D.! Genossen!

Der Reformismus trägt die Hauptschuld an der Passivität der Arbeiter, denn er hat als „Sozialismus“ fälschlich hingestellt, was einfache bürgerliche Klassenpolitik war.

Wie steht es um die Kommunistische Partei? Je größer das Mißtrauen gegenüber der Sozialdemokratie wurde, desto größer hätte das Vertrauen für die K. P. D. für den Kommunismus werden müssen. Wäre das geschehen, dann wäre unser Platz heute in der K. P. D., denn sie ist die Partei der proletarischen Diktatur! Für diese Grundsätze werden wir Leib und Leben einsetzen. Dennoch halten uns viele Bedenken davon ab, in die Kommunistische Partei zu gehen. Unserer Meinung nach zeigt die K. P. D. nicht den richtigen Weg im Kampfe gegen Kapitalismus, Lohnabbau, Sozialreaktion und Faschismus, sie sondert sich durch ihre Politik von den Tageskämpfen der Arbeiter ab. Ueberall tritt sie für kommunistische Sondergruppen ein und erleichtert so den Reformisten das Spiel. Sie rührt keinen Finger für die kämpfende Einheit der proletarischen Klasse, gerade jetzt, wo sie notwendiger ist denn je, wo jeder Erfolg der Arbeiter, ja wo das Schicksal unserer Klasse von der Einheit abhängt!

Wir sehen nur eine Kraft, die für die proletarische Einheit, für ein proletarisches Notprogramm, für den Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus eintritt:

Das ist die Kommunistische Opposition! Uns schreckt nicht die Kleinheit dieser kommunistischen Gruppe, denn wir wissen aus der Geschichte des Weltkrieges, daß das kleine heldenmütige Häuflein um Luxemburg und Liebknecht nicht nur die Ehre der proletarischen Klasse, sondern die Klasse selbst gerettet hat. Wir sind uns der großen geschichtlichen Aufgabe, die die Opposition erfüllt, voll bewußt. Ihr und unser Ziel ist die geeinte kommunistische Kraft, die Einheit der Arbeiterklasse unter den Fahnen der proletarischen Revolution! Kurt Kobille, Lette Ehmann, Georg Mummert, Georg Treske, Kläre Florian-Monden, Elbe Liebermann, Erna Morawietz, Kert Sall,

Breslauer Jungsozialisten kommen zu uns

Jungsozialisten! Genossen!

Die Unterzeichneten haben den Ortsvorständen der S. P. D. und der Jungsozialistischen Gruppe mitgeteilt, daß sie mit dem heutigen Tage aus beiden Organisationen ausscheiden.

Was veranlaßt uns zu diesem Schritt? Genossen!

Wer uns kennt, weiß, daß wir immer auf dem linken Flügel der Partei gestanden, nie mit unserer Meinung hinter dem Berge gehalten haben; umso mehr fühlen wir uns verpflichtet, vor den sozialdemokratischen Arbeitern unseren Austritt zu begründen.

Seit den Maiwahlen 1928, die über 12 Millionen sozialdemokratische und kommunistische Stimmen aufgebracht haben, geht es unaufhaltsam abwärts mit der Lage der Arbeiterklasse, während die bürgerliche Klasse einen ununterbrochenen Sieseszug antreten konnte.

Dieser Zustand bläute uns schon damals die Auffassung ein, daß gegen den palatierenden Reformismus, der die Arbeiter gespalten, die kämpfende Einheit aller organisierten Arbeiter errichtet werden müsse!

Das wurde unsere Richtschnur. Dafür traten wir mit Wort und Tat ein! Als vor

einem Jahre in Breslau, in einzelnen Teilen der proletarischen Jugendbewegung, der kühne Versuch zu einem Einheitskartell der Arbeiterjugend unternommen wurde, fochten wir mit in der ersten Reihe. In diesem Kartell ist im Verlauf eines Jahres der beste Beweis erbracht worden, daß sozialdemokratische, kommunistische, parteilose und freigewerkschaftliche Arbeiter zusammen arbeiten und zusammen kämpfen können.

Was aber tat die Leitung der Jungsozialistischen Gruppe?

Sie trieb ein schändliches Doppelspiel. Zuerst „begrüßte“ sie das Kartell, später verhielt sie sich vollkommen abwartend gegenüber der Spaltensektion, die von den Instanzen der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ gegen das Einheitskartell angebahnt wurde. Den Bürokraten wurde himmelangst vor der Einheit der arbeitenden Jugend! Sie bildeten sofort eine „Arbeitsgemeinschaft für festliche Veranstaltungen der arbeitenden Jugend.“

Ungeachtet dessen, haben wir, der linke Flügel, uns an der Tätigkeit des Einheitskartells mit unserer ganzen Kraft beteiligt. Die Agitation für die proletarische Einheit, die wir gemeinsam mit der Komm. Jugend-

